

Bericht aus Berlin



CDU
Armin Schuster

Silvesternacht in Deutschland **Schnelle Aufklärung erforderlich**

Die Geschehnisse in der Kölner Silvesternacht sind nicht hinnehmbar. Es muss schnellstens für Aufklärung gesorgt werden, nicht nur was die Täter betrifft, sondern auch, wie es überhaupt zu einem solchen Exzess kommen konnte. Die Polizisten vor Ort konnten noch am wenigsten für die Eskalation, sie haben in der Nacht alles Menschenmögliche für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger getan. Vielmehr sehe ich die landespolitische Führung in der Pflicht. Im Innenausschuss diese Woche hat es der nordrhein-westfälische Innenminister Jäger aber versäumt, klare Aussagen zu treffen. Ich halte daher einen Untersuchungsausschuss in NRW zur Klärung der offenen Fragen für unausweichlich. Ohnehin ist Nordrhein-Westfalen sehr zögerlich bei Abschiebungen und steuert bisher nichts Substanzielles zum BKA-Lagebild über die Kriminalität von Flüchtlingen bei. Das muss sich ändern! Ansonsten wird auch weiterhin die Frage im Raum stehen, ob es in Nordrhein-Westfalen nicht eine politisch beeinflusste Kultur der Verharmlosung der Kriminalität von Ausländern gibt.



Armin Schuster gab am Freitag der ARD und dem ZDF Fernsehinterviews über die momentane Lage in der Flüchtlingskrise und die Stimmung in der Unionsfraktion. Eine Übersicht über die Pressemeldungen der letzten Wochen finden Sie [hier](#).

Armin Schuster, MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin mir sicher, dass stationären Grenzkontrollen mit Zurückweisungen als letztes Mittel auch zum Repertoire der Bundeskanzlerin gehören. Unterschiedliche Meinungen gibt es in der Fraktion zum richtigen Zeitpunkt zur Umsetzung dieser Maßnahmen. Der CDU-Bundesparteitag im Dezember hat der Regierung dazu weitere Zeit gegeben. Eine wie auch immer geartete Abstimmung über diese Frage in der Fraktion habe ich deshalb nicht als richtigen Weg gesehen. Wir würden uns mit dieser zugespitzten Wahlentscheidung selbst in eine Sackgasse manövrieren, insbesondere wenn der Antrag wie auf dem Bundesparteitag scheitert. Mit dem nun formulierten, gemeinsamen Brief drücken wir der Kanzlerin gegenüber allerdings unsere Sorge aus, dass die internationalen und europäischen Lösungen der Flüchtlingskrise nicht schnell genug greifen werden und wir deshalb für eine schnelle Entscheidung zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen votieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Rheintalbahn

SPD ist am Zug

Nachdem im Dezember die Abstimmung über den Rheintalbahnantrag nach vielen Querelen verschoben werden musste, gibt es nun konkrete Fortschritte. In dieser Woche wurde der in der CDU/CSU-Fraktion konsentrierte Antragstext an die SPD geschickt. Nun muss die SPD zeitnah und schnell die eigene fraktionsinterne Abstimmung abschließen. Unser Plan ist es, in der nächsten Sitzungswoche Ende Januar den Antrag endgültig im Plenum zu beraten und abzustimmen. Dann endlich hätten auch wir die Gewissheit, dass die vom Projektbeirat erarbeiteten Vorschläge endlich umgesetzt werden können.

Datenaustauschverbesserungsgesetz

Umfangreichere Registrierung beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag den Anfunfts-nachweis für Asyl- und Schutzsuchende beschlossen. Dadurch sollen ankommende Asylsuchende sowie unerlaubt Eingereiste früher und umfangreicher als bisher registriert werden. Dazu werden neben den bisher schon gespeicherten „Grundpersonalien“ wie Name, Geburtsdatum und Einreiseort in Zukunft auch Fingerabdrücke, das Herkunftsland, aber auch Gesundheitsinformationen gespeichert. Der Anfunfts-nachweis ist gleichzeitig Grundlage für den Erhalt von Leistungen. Bei Asylsuchenden werden zudem auch Schul- und Berufsbildung zentral gespeichert, um eine schnellere Integration und Arbeitsvermittlung zu ermöglichen. Mit diesem Gesetz schaffen wir nun endlich die Grundlage, um die Flüchtlinge der Lage angemessen zu registrieren. Der Angriff eines einzelnen Attentäters auf eine Polizeiwache in Paris vor kurzem hat gezeigt, dass die bisherige Registrierpraxis unzureichend war. Wie sich bei den Ermittlungen herausgestellt hat, war der Täter bei den Behörden mit mindestens sieben unterschiedlichen Identitäten bekannt. Dieser Praxis schieben wir nun einen Riegel vor, bauen Bürokratie ab und verhindern unnötige und gefährliche Doppelregistrierungen.

Ausbildungsförderung

Verbesserte Leistung beim Meister-BAföG

In dieser Woche fand die erste Lesung des „Dritten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes“ statt. Mit dem Entwurf verbessern wir die Leistungen des sogenannten „Meister-BAföGs“ schon zum 1. August 2016 deutlich. Durch den Abbau bürokratischer Hürden soll außerdem der Antrag und Bezug der Leistungen vereinfacht werden. So soll es mehr jungen Menschen ermöglicht werden, ihren beruflichen Weg erfolgreich fortzuschreiben. Gerade das Handwerk leistet enorm viel für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in Deutschland. Deshalb begrüße ich den vorliegenden Gesetzentwurf sehr, ist doch der Meisterabschluss eines der herausragenden Qualitätsmerkmale der deutschen Wirtschaft und auch in Zeiten der zunehmenden Akademisierung ein wichtiges Zeichen für die berufliche Bildung in Deutschland.

+++++++Kurz berichtet+++++++

Erneuter Haushaltsüberschuss

Zum zweiten Mal in Folge ist es dem Bund gelungen, einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften. Finanzminister Wolfgang Schäuble konnte dadurch die Rücklagen mit mehr als 12 Milliarden Euro stärken. Der Überschuss verdeutlicht erneut die gute und solide Haushaltspolitik, die unter Führung der CDU in den letzten Jahren möglich wurde. Deshalb wird auch für 2016 ein weiteres Jahr ohne neue Schulden immer wahrscheinlicher.

Jahresstart mit Neujahrsempfängen



Einige Impressionen der Neujahrsempfänge der CDU Rheinfelden und CDU Bad Krozingen. Auch in Lörrach, Weil am Rhein und Steinen begann das Jahr mit den Empfängen und guten Gesprächen.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Der Bundestag hat in dieser Woche die Verlängerung der beiden Bundeswehrein-sätze in Mali und in Kurdistan-Irak in erster Lesung debattiert. Der Antrag der Bundesregierung sieht für die Beteiligung der Bundeswehr an der UN-geführten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) einen Aufwuchs von 500 Soldaten zur Überwachung der Waffenruhe vor. Die Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak soll mit 150 statt wie bisher mit 100 Soldaten fortgesetzt werden.